
Vorsitz: Österreich**985. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. **Datum:** Mittwoch, 15. September 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 13.00 Uhr

2. **Vorsitz:** Botschafter F. Raunig (Österreich)

3. **Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:**

Punkt 1 der Tagesordnung: **SICHERHEITSDIALOG: DER RAHMEN FÜR RÜSTUNGSKONTROLLE DER OSZE**
 - *Vortrag von R. Aleixo, ehemaliger stellvertretender Ständiger Vertreter Portugals bei der OSZE (während des OSZE-Gipfels von Lissabon 1996)*

 - *Vortrag von Generalleutnant (a. D.) E. Buzhinskiy, Leiter des Zentrums für angewandte politisch-militärische Studien, Russische Föderation*

 - *Vortrag von M. Griffon, Leiter Referat Rüstungskontrolle und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Direktorat für Strategische Angelegenheiten, Sicherheit und Abrüstung, Ministerium für Europa und Auswärtiges, Frankreich*

Vorsitz, R. Aleixo, E. Buzhinskiy (FSC.DEL/317/21 OSCE+), M. Griffon, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/325/21), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Vereinigtes Königreich, Kanada, Türkei (FSC.DEL/321/21 OSCE+), Schweiz (FSC.DEL/322/21 OSCE+), Armenien (Anhang 2), Russische Föderation (Anhang 3)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/317/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/326/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/319/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Kanada

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *„Save the date“ für eine praktische Vorführung von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 27. Oktober 2021 in Wien:* Vorsitz
- (b) *Finanzierungsbeiträge zum Ausbildungsprogramm im Rahmen des OSZE-Stipendiums für Frieden und Sicherheit und zu außerbudgetären Projekten auf dem Gebiet Kleinwaffen/leichte Waffen/Lagerbestände konventioneller Munition in der Ukraine:* Vereinigte Staaten von Amerika, Ukraine, Vertreter(in) des Konfliktverhütungszentrums der OSZE
- (c) *Militärübung „Joint Endeavour 2021“ vom 22. bis 30. September 2021:* Ukraine, Russische Föderation
- (d) *Kontaktbesuch nach Kapitel IV des Wiener Dokuments vom 5. bis 11. September 2021:* Litauen (auch im Namen von Estland und Lettland) (Anhang 4)
- (e) *Protokollarische Angelegenheiten:* Aserbaidshan

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 22. September 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

985. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 991, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Wir begrüßen die Bemühungen des österreichischen FSK-Vorsitzes, im September eine zielgerichtete Diskussion über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Rüstungskontrolle anzustoßen. Wir danken den hochkarätigen Vortragenden für die Darlegung ihrer Ansichten. Wir mögen nicht einer Meinung sein, aber wir begrüßen den Dialog. Der heutige Sicherheitsdialog bietet uns Gelegenheit, über unsere Vergangenheit nachzudenken, insbesondere über den Lissabonner Rahmen für Rüstungskontrolle von 1996, und ihn mit dem Umfeld zu vergleichen, in dem wir uns heute befinden.

Das europäische Sicherheitsumfeld hat sich seit 1996 erheblich verschlechtert. Diese Situation ist nicht auf ein Versagen der Rüstungskontrolle zurückzuführen, sondern vielmehr auf vorsätzliche Verstöße gegen die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. In einer Reihe von Fällen fand die Entscheidung einzelner Regierungen, die Prinzipien von Helsinki und grundlegende Regeln des Völkerrechts zu missachten, ihren Ausdruck in der Anwendung konventioneller militärischer Gewalt gegen souveräne Staaten. In anderen Fällen bediente sich das aggressive Verhalten gegenüber Nachbarn subtilerer Methoden und griff auf hybride Methoden zurück, um politische Prozesse, die Zivilgesellschaft und rechtmäßig gewählte Regierungen zu unterminieren. In diesem Umfeld, in dem grundlegende völkerrechtliche Verhaltensnormen nicht mehr geachtet werden, sind Rüstungskontrollvereinbarungen sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu Kollateralschäden verkommen. Versuche, diese Schäden zu beheben – unter anderem durch Vorschläge zur Wiederaufnahme regionaler Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle – werden dem eigentlichen Problem nicht gerecht. Sie gehen auch an den schwerwiegenden Sicherheitsrisiken und -bedrohungen vorbei, mit denen wir heute konfrontiert sind, die zunehmend unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts auftreten und für die herkömmliche Rüstungskontrolllösungen nicht in Frage kommen.

1996 fiel in eine deutlich andere Ära, eigentlich ein goldenes Zeitalter, voller Verheißungen für ein nach dem Kalten Krieg positiv verändertes europäisches Sicherheitsumfeld. 1996 sprachen wir von positiven Entwicklungen in den Bereichen Zusammenarbeit, Transparenz und Vorhersehbarkeit, von denen wir optimistisch glaubten, dass sie das Netz miteinander verknüpfter und einander verstärkender Rüstungskontrollverpflichtungen weiter stärken würden.

Die Teilnehmerstaaten waren nicht völlig naiv; der Rahmen von Lissabon sah mögliche Herausforderungen und Risiken für die Fortschreibung dieser positiven Entwicklungen voraus, wie die Vernachlässigung der Menschenrechte, ethnische Spannungen, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, unkontrollierte Migration und Umweltschäden. Andere Probleme waren zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Rahmens von Lissabon noch nicht absehbar, wie etwa Cyberangriffe, die elementare gesellschaftliche Funktionen beeinträchtigen, und hybride Aktivitäten, die das Vertrauen in zentrale Institutionen untergraben. Diese unvorhergesehenen Bedrohungen – und die allgegenwärtige Bedrohung durch den Terrorismus – haben Auswirkungen auf jeden Teilnehmerstaat. Jetzt sind wir alle mit einem neuen Risiko konfrontiert, das nicht nur unsere Sicherheit, sondern sogar unsere Existenz bedroht: die Zerstörung der Umwelt, das Versagen der Umweltpolitik und der Klimawandel.

Der Lissabonner Rahmen ist heute eher eine Erinnerung daran, was nicht erreicht wurde, denn ein Weg in die Zukunft – wenngleich die zugrundeliegenden Prinzipien nach wie vor rühmend sind. Unsere vordringlichste Aufgabe besteht weniger darin, auf Vertrauen „aufzubauen“ als vielmehr Vertrauen „wiederaufzubauen“ oder „zurückzugewinnen“. Wir sollten den Rahmen wie vorgesehen nutzen, um „die Transparenz und Vorhersehbarkeit der militärischen Absichten von Staaten zu stärken“.

Es liegt auf der Hand, dass wir – wenn wir das Vertrauen in kleinen Schritten wiederherstellen wollen – bei der Modernisierung des Wiener Dokuments ansetzen sollten, das als Instrument zur Förderung von Transparenz und Berechenbarkeit das Kernstück der Sicherheit im Sinne der OSZE bildet. Der gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung, der von 34 Teilnehmerstaaten mitgetragen wird, ist ein guter Anfang.

Was allgemeinere Sicherheitsfragen betrifft – darunter viele Themen, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Rahmens für Rüstungskontrolle kaum beachtet oder verstanden wurden – glauben wir, dass eine offene Diskussion über Sicherheitsanliegen, Bedrohungen und mögliche Lösungsansätze von unschätzbarem Wert ist. Der strukturierte Dialog über Sicherheitsfragen hat sich als wirksamer Rahmen für einen solchen Austausch erwiesen; er sollte fortgesetzt werden. Wir freuen uns darauf, uns auf der Klausurtagung im Herbst über Möglichkeiten zur Verbesserung des Dialogs auszutauschen.

Herr Vorsitzender,

es wäre eine Unterlassung, nicht darauf hinzuweisen, dass der Lissabonner Rahmen von 1996 trotz aller Visionen in einem wichtigen Punkt unvollständig war – er hat nämlich verabsäumt, auf die Geschlechterperspektive einzugehen, die heute so wesentlich für unsere Arbeit in diesem Forum ist. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass er aus einer Zeit stammt, als die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit noch nicht verabschiedet war. Wie der österreichische FSK-Vorsitz zu Recht feststellte, muss das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit in alle Bereiche der FSK-Agenda einfließen – auch in die Rüstungskontrolle. Die Zeiten haben sich seit 1996 geändert, und die Fortschritte von 20 Jahren der Beteiligung von Frauen an der Ausarbeitung und Verhandlung von Rüstungskontrollvereinbarungen sind nicht rückgängig zu machen. Die Vereinigten Staaten sind stolz darauf, mit Bonnie Jenkins eine *woman of colour* als Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit zu haben, und stolz auf die Rolle, die Frauen

im Laufe der Jahre bei der Führung von Rüstungskontrollverhandlungen, einschließlich New START, gespielt und damit zweifellos zu deren Erfolg beigetragen haben.

Danke, Herr Vorsitzender.

Möge dieser geschichtliche Rückblick dazu beitragen, dass wir uns neu orientieren und mit neuem Schwung in die Zukunft gehen.

985. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 991, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Armeniens dankt den Hauptreferenten für ihre interessanten und anregenden Ausführungen. Wir danken auch dem österreichischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation dafür, dass er diesen Sicherheitsdialog dem OSZE-Rahmen für Rüstungskontrolle in seinem historischen Zusammenhang gewidmet hat. In einer Zeit des wachsenden Misstrauens und einer sich entwickelnden Krise ist die Erinnerung an die Ziele, die uns in den 1990er-Jahren in unseren Bemühungen um die Bewältigung der Sicherheitsherausforderungen im OSZE-Raum geeint haben, eine sehr aktuelle und nützliche Initiative.

Schon immer standen Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung im Mittelpunkt der Aktivitäten der OSZE. Anfang der 1990er-Jahre hat die OSZE mit der Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskontrollregime in Europa begonnen und ist damit über das Sicherheitsmodell des Kalten Krieges hinausgegangen und hat die vertrauensbildenden Maßnahmen, die sich aus der Schlussakte von Helsinki ergeben, verstärkt. In dieser Zeit war die Organisation bestrebt, ihre eigene Wirksamkeit zu verbessern, indem sie den Rahmen der Sicherheitsfragen, mit denen sie sich befasst, durch die Aufrüstung ihres politisch-militärischen Instrumentariums schrittweise weiter steckte. Im Jahr 1996 verabschiedeten die OSZE-Teilnehmerstaaten den Rahmen für Rüstungskontrolle und schufen damit den Unterbau für bestehende und künftige Rüstungskontrollvereinbarungen.

Bedauerlicherweise zeigt sich heute, dass die geopolitischen Interessen der Teilnehmerstaaten den Gedanken der Zusammenarbeit allmählich durch Konfrontation ersetzt haben. Dies hat zu Verstößen gegen unsere Verpflichtungen geführt und schließlich die gegenwärtige Krise auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle ausgelöst. Dennoch sind wir überzeugt, dass auch heute, da Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum direkt in Frage gestellt werden, Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen die Instrumente zur Gewährleistung militärischer Stabilität, Transparenz und Berechenbarkeit sind – solange sie nach Treu und Glauben umgesetzt werden.

Herr Vorsitzender,

die Sicherheitslage im Südkaukasus unterstreicht, wie wichtig die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle ist, und zeigt einmal mehr, wie bedeutsam sie sind.

Verstöße gegen den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und das Wiener Dokument – wie die destabilisierende Anhäufung von Offensivwaffen, die weit über die im KSE-Vertrag festgelegten Obergrenzen hinausgeht, die Durchführung nicht angekündigter groß angelegter militärischer Übungen und der Umstand, dass ein erheblicher Teil der Streitkräfte der Staaten nicht vom Verifikationsregime erfasst werden, – sind die Hauptgründe dafür, dass es in den letzten fünf Jahren in unserer Region zweimal zur Anwendung von Gewalt kam. Die skrupellose Anwendung von Gewalt als Mittel zur „Lösung“ von Konflikten und Streitigkeiten hat das Rüstungskontrollregime in ungeheurem Maße untergraben. Es liegt auf der Hand, dass technische Verbesserungen der bestehenden Instrumente ohne ein starkes politisches Engagement nicht gewährleisten, dass sie auch eingesetzt werden.

Die Delegation Armeniens ist überzeugt, dass nur eine starke und prinzipienfeste Haltung der OSZE-Teilnehmerstaaten gegenüber der systematischen Verletzung ihrer OSZE-Verpflichtungen durch bestimmte Teilnehmerstaaten eine weitere Erosion der Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum verhindern kann.

Danke. Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

985. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 991, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir sind dankbar für die Vorbereitung und Abhaltung dieses Treffens zu einem höchst relevanten Thema, das im Mittelpunkt des Mandats des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) steht. In diesem Jahr wird das 25-jährige Bestehen des OSZE-Rahmens für Rüstungskontrolle gefeiert. Wir schließen uns der Auffassung des österreichischen Vorsitzes an, dass wir dieses wichtige Datum zum Anlass nehmen sollten, um über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa nachzudenken, die schon bessere Zeiten gesehen hat. Wir danken den Hauptreferenten für ihre fachkundige Analyse des Themas, die dessen Komplexität und Tiefe deutlich gemacht hat.

Es ist sattsam bekannt, dass der Rahmen nicht losgelöst von den anderen „Produkten“ des OSZE-Gipfeltreffens von Lissabon 1996 betrachtet werden kann, darunter insbesondere die Erklärung über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert, die dann auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul 1999 in die Europäische Sicherheitscharta umgewandelt wurde. Diese Instrumente sollen dazu beitragen, das OSZE-Gebiet zu einem unteilbaren gemeinsamen Sicherheitsraum weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert der Rahmen, sich auf die „Ausarbeitung weiterer Rüstungskontrollmaßnahmen“ zu konzentrieren.

Unser Land war und ist in allen Etappen den Zielen der Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) verpflichtet. In den 1990er-Jahren haben wir einen ohne jede Übertreibung beispiellosen Beitrag zur Beseitigung der Hinterlassenschaften des Kalten Krieges geleistet. In Rekordzeit zog Russland Truppen und Waffen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas ab und löste große Truppenkonzentrationen in Deutschland, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten auf – insgesamt über 800 000 Mann. In Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zerstörte und entsorgte Russland zehntausende schwere Waffen und Ausrüstungsgegenstände.

Wir waren immer der Meinung, dass es im geografischen Zuständigkeitsbereich der OSZE keine unüberbrückbaren Differenzen gibt, geschweige denn Fragen, die eine militärische Lösung oder gar eine bedeutsame Präsenz politisch-militärischer Blöcke

erfordern würden. Es scheint jedoch, dass sich der Westen an anderen Einschätzungen und Ansätzen orientierte. Im Ergebnis müssen wir mit Bedauern feststellen, dass viele der im Lissabonner Dokument von 1996 verankerten Ziele und Vorgaben nichts als Worte auf Papier geblieben sind.

Für unsere Kollegen ist es peinlich, sich daran zu erinnern, wie inbrünstig sie uns damals versichert haben, dass der Beitritt zur NATO die osteuropäischen Staaten von den Phantomschmerzen ihres historischen Erbes befreien, die Beziehungen zu Russland verbessern und dem Bündnis einen äußeren „Gürtel“ von uns wohlgesonnenen Staaten geben würde. Das ist nicht geschehen. Mit der NATO-Erweiterung wurden die politischen und materiellen Grundlagen für die Entstehung eines neuen Eisernen Vorhangs in Europa geschaffen. Es wird hier immer auf ein bestimmtes Land angespielt, dem die angebliche Verschlechterung des Klimas des Vertrauens in Europa zugeschrieben wird. Ich darf Sie daran erinnern, dass dieses Klima schon vor langer Zeit von Ländern, deren Vertreter in diesem Saal anwesend sind, zerstört wurde. Erinnern Sie sich daran, wer die OSZE-Prinzipien durch die Bombardierung Jugoslawiens, des Irak, Libyens und dann auch Afghanistans ausgehöhlt hat. All dies hat die Idee des Aufbaus eines „gemeinsamen Hauses Europa“ infrage gestellt, so dass es in diesem Fall kaum angebracht ist, dass einer oder eine der hier Anwesenden andere Länder belehrt.

In ihren offiziellen Dokumenten verkündet die NATO heute, dass eines ihrer Hauptziele die „Einhegung“ Russlands sei. Zudem wollen unsere Kolleginnen und Kollegen unsere Sicherheitsbesorgnisse nicht ernst nehmen und gehen nicht auf konstruktive Vorschläge zur Verminderung der militärischen Risiken in Europa ein Angesichts der kläglichen Erfahrungen mit der Einhegung einer bestimmten Gruppe in Afghanistan sollte die NATO wohl schon jetzt darüber nachdenken, wohin sie nach der „Einhegung“ Russlands „flüchten“ könnte.

Ich komme nun direkt zur Rüstungskontrolle und zu den VSBM, die, wie die verehrten Hauptreferenten heute bereits festgestellt haben, die Hauptelemente des Lissabonner Dokuments darstellen. Darin wird bekräftigt, dass das Fundament für ein System gleicher und unteilbarer Sicherheit bereits vorhanden sei, nämlich der KSE-Vertrag, das Wiener Dokument, der Vertrag über den Offenen Himmel, der Verhaltenskodex und die regionalen VSBM. Zwei der Säulen dieses Fundaments, der KSE-Vertrag und der Vertrag über den Offenen Himmel, befinden sich heute in einer tiefen Krise – ersterer aufgrund der Weigerung der NATO-Länder, das Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags zu ratifizieren, letzterer aufgrund einer erstaunlich kurzsichtigen Entscheidung der Vereinigten Staaten von Amerika. Was die Umsetzung der anderen genannten Instrumente nach Treu und Glauben betrifft, so gibt es offensichtlich noch erheblich Raum für Verbesserungen.

Wir fordern unsere Partner auf, zu einer vollständigen Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen zurückzukehren, was unerlässlich für die Wiederherstellung des Vertrauens und der Transparenz im militärischen Bereich sowie für die Erhöhung der Berechenbarkeit ist.

Wir hoffen, dass in Europa endlich wieder ein echtes Interesse an der Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle erwacht. Ein solches Gespräch sollte wahrscheinlich mit einer Diskussion über den „Bezugsrahmen“ für die europäische Sicherheit beginnen, in den

aktualisierte oder neue Instrumente aufgenommen werden könnten. Dabei ist es wichtig, politischen Realitätssinn zu beweisen und sich nicht Wunschdenken hinzugeben.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen, dass die Russische Föderation stets bereit ist, Fragen der internationalen Sicherheit und Stabilität auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der wechselseitigen Berücksichtigung der Interessen zu erörtern. Der Stillstand der letzten Jahre kann zweifellos überwunden werden, wenn sich alle Staaten, die an der Förderung von Vertrauen und Berechenbarkeit in Europa interessiert sind, gemeinsam ins Zeug legen. Daran mag uns auch das alte Motto „*viribus unitis*“ (mit vereinten Kräften) erinnern, das in der Hofburg zu sehen ist. Man kann nur hoffen, dass es unseren Partnern in der heutigen Zeit gelingt, diese Worte richtig zu interpretieren und sich von den Fesseln eines Blockdenkens zu lösen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

985. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 991, Punkt 3(d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS
(AUCH IM NAMEN ESTLANDS UND LETTLANDS)**

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen Estlands, Lettlands und Litauens möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir letzte Woche den gemeinsamen Kontaktbesuch der drei Länder Estland, Lettland und Litauen gemäß Kapitel IV des Wiener Dokuments 2011 durchgeführt haben. Die Veranstaltung begann am 5. September in Estland, wurde in Lettland fortgesetzt und endete am 11. September in Litauen.

Ich möchte betonen, dass dies die erste Kontaktveranstaltung in diesem Jahr und die erste seit der Unterbrechung durch die Pandemie war. Aufgrund der anhaltenden COVID-19-Pandemie befolgen Estland, Lettland und Litauen während der Durchführung dieses Besuchs Sicherheitsanforderungen und Maßnahmen, die eine Verbreitung des Virus verhindern sollen.

Wir stellen erfreut fest, dass diese kombinierte Kontaktveranstaltung dreier Länder gut besucht war: 43 Personen aus 22 Staaten und aus dem Konfliktverhütungszentrum nahmen an dieser Veranstaltung teil. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Teilnehmerstaaten und dem Konfliktverhütungszentrum dafür danken, dass sie unserer Einladung gefolgt sind.

Während der kombinierten Kontaktveranstaltung besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die 1. Infanteriebrigade in der militärischen Einrichtung in Tapa (Estland), die mechanisierte Infanteriebrigade der Landstreitkräfte in der militärischen Einrichtung in Adaži (Lettland) und die mechanisierte Infanteriebrigade Geležinis Vilkas in der militärischen Einrichtung in Rukla (Litauen).

Im Interesse der Förderung von Transparenz und Offenheit lud Lettland die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Kontaktveranstaltung ein, zusätzlich zu ihrem

Besuch bei der mechanisierten Infanteriebrigade der Landstreitkräfte in Adaži am 8. September auch die Militärübung „Silver Arrow 2021“ zu beobachten.

In Verbindung mit dem Besuch der Militäreinrichtung in Rukla am 10. September organisierte Litauen auch die Vorführung des Schützenpanzers Vilkas (Boxer).

Ich bin überzeugt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausreichend Gelegenheit hatten, sich mit den drei Brigaden und deren Aufgaben vertraut zu machen. Darüber hinaus wurden die Teilnehmer von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien und von militärischen Befehlshabern über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der drei baltischen Länder, die Struktur und die Aktivitäten der Streitkräfte unterrichtet.

Eine ausführliche Unterrichtung über den Besuch wird im Dezember beim jährlichen Treffen der Leiter der Verifikationszentren erfolgen.

Danke, Herr Vorsitzender.